



DARUM MUSS ES GEHEN

WWF-Forderungen zur Bundestagswahl 2013

WWF-Forderungen zur Bundestagswahl 2013

Die natürlichen Ressourcen der Erde werden vom Menschen rücksichtslos ausgebeutet – allen Erkenntnissen zum Trotz immer noch, und immer noch in steigendem Maße. Der „Living Planet Report“ des WWF misst alle zwei Jahre den Gesundheitszustand unseres Planeten und führt über die fortschreitende Zerstörung Buch: Seit 1970 bis heute ist weltweit ein 30-prozentiger Rückgang der biologischen Vielfalt festzustellen. Tier- und Pflanzenarten der Tropen sind am stärksten betroffen. Dort beträgt der Artenrückgang sogar 60 Prozent. Die Ökosysteme werden ausgedünnt und verlieren so ihre vielfältigen Dienstleistungen für den Menschen. Der Ökologische Fußabdruck führt uns den anhaltenden Trend unseres übermäßigen Verbrauchs vor Augen: Die Biokapazität der Erde wurde 2008 bereits um 50 Prozent überschritten. Wir leben eindeutig auf Kosten unseres Naturkapitals. Schreibt die Menschheit diese Art zu wirtschaften und zu leben weiter fort, benötigen wir bis zum Jahr 2030 zwei Planeten, um unseren Bedarf an Nahrung, Wasser und Energie zu decken. Bis zum Jahr 2050 wären es knapp drei.

Lösungen und Alternativen hin zu einer sozial gerechten und wirtschaftlich tragfähigen Zukunft innerhalb der natürlichen Grenzen unseres Planeten sind bekannt, werden bisher aber nur in geringem Maße umgesetzt. „Nachhaltigkeit“ hat zwar als Wort in vielen Bereichen der Politik Einzug gehalten, wird aber nicht konsequent angewandt. In der Energie- und Klimapolitik, in der Verkehrspolitik, bei Naturschutz, Landwirtschaft, Meeresschutz und in der Wald- und Forstpolitik gibt es viele mutmachende Ansätze. Eine Trendwende zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist jedoch noch nicht in Sicht. Das muss sich ändern.

Wenn im September 2013 der neue Bundestag gewählt wird, kann und muss diese Trendwende eingeleitet werden. Es bedarf neuer messbarer, ambitionierter und glaubhafter Nachhaltigkeitsziele und des Übergangs in eine nachhaltige Wirtschaftsweise („Green Economy“). Der WWF fordert deshalb von den Politikern aller Parteien ein konsequentes Umdenken. In diesem Papier hat die Umweltorganisation ihre wichtigsten Forderungen an die zukünftige Bundesregierung zusammengefasst. Der WWF ruft alle Parteien und deren Kandidatinnen und Kandidaten, die sich um ein Bundestagsmandat für die nächste Legislaturperiode bewerben, auf, diese Forderungen bereits bei der Erstellung ihrer Wahl- und Regierungsprogramme zu berücksichtigen. Zu beinahe allen der hier angesprochenen Themen hat der WWF jeweils auch ausführlichere Informationspapiere erstellt, die er auf Wunsch gerne zur Verfügung stellt.



1. Schutz der biologischen Vielfalt

a) Nationale Biodiversitätsstrategie vorantreiben und schneller umsetzen

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » den Prozess zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt sowohl auf Bundesebene als auch in der Abstimmung zwischen Bund und Ländern wesentlich zu beschleunigen, um die Ziele der Strategie bis 2020 überhaupt erreichen zu können.
- » das „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ als unterstützendes Förderinstrument von derzeit 15 Millionen Euro auf mindestens 30 Millionen Euro jährlich aufzustocken und vorrangig dafür einzusetzen, die noch verbliebenen „Hot Spots“ der biologischen Vielfalt und die Ökosystemleistungen zu sichern.
- » das „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ zur Einrichtung und Sicherung eines Biotopverbundsystems auf 10 % der Landesfläche zu nutzen.
- » das „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ auch für Flussmündungen (Ästuar) und zur Kofinanzierung von Maßnahmen des neuen EU LIFE-Programms 2013–2020 einzusetzen.
- » das von BMBF und BMU aufgelegte gemeinsame Programm zur Förderung von Forschungsvorhaben zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie fortzusetzen und finanziell aufzustocken.

b) Wildnisgebiete einrichten und großflächig miteinander vernetzen

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » in Zusammenarbeit mit den Ländern bis 2020 Wildnisgebiete auf mindestens 2 % der Landesfläche Deutschlands auszuweiten. Dazu wird mit den Ländern ein Aktionsplan „Wildnis in Deutschland“ erarbeitet.
- » zur Vergrößerung der Flächen des Nationalen Naturerbes die noch verbliebenen, naturschutzfachlich besonders wertvollen Bundesflächen von der Privatisierung auszunehmen und den Ländern oder Stiftungen und Verbänden zur Verfügung zu stellen.

c) Flusslandschaften schützen und renaturieren

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » die Bundeswasserstraßen unter Berücksichtigung der tatsächlichen verkehrlichen und ökologischen Bedeutung neu zu klassifizieren.
- » die deutsche Flusspolitik im Sinne der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt umzugestalten.

- » strukturelle Beeinträchtigungen durch Nutzungen wie Schifffahrt zu beseitigen, zu vermindern oder zumindest deren Auswirkungen auf die Natur durch Renaturierung zu kompensieren.
- » finanzielle Grundlagen für Rückdeichungen und Renaturierungsmaßnahmen in Flusslandschaften bereitzustellen.
- » Verwaltungsgrenzen zwischen Bund und Ländern innerhalb eines Fluss-ökosystems zu überwinden, um naturverträgliche Unterhaltungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Gleiches gilt für Gesamtkonzepte für die einzelnen Bundeswasserstraßen.

**d) Schutz bedrohter Wildtierarten
in genutzten Landschaften sicherstellen**

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » die Lebensräume bedrohter Wildtierarten insbesondere durch Grünbrücken und Querungshilfen besser zu vernetzen.
- » eine übergreifende Koordinationsstelle für den Umgang mit großen Beutegreifern auf Bundesebene einzurichten.
- » verpflichtende Standards zum Schutz von Nutztierherden in Deutschland zu etablieren, um Konflikte mit großen Beutegreifern so gering wie möglich zu halten.

e) Den Ökologischen Fußabdruck Deutschlands reduzieren

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » in der neuen Legislaturperiode eine Strategie zu erarbeiten, um den Ökologischen Fußabdruck Deutschlands bis 2050 zu halbieren. Der „Living Planet Report“ des WWF zeigt, dass der Ökologische Fußabdruck jedes Bundesbürgers mehr als doppelt so groß ist wie die ökologische Kapazität der Erde es erlaubt – mit steigender Tendenz. Deutschland muss deshalb seinen Ressourcenverbrauch und damit seinen Ökologischen Fußabdruck drastisch senken.
- » die ökonomische Bewertung der Leistungen von Ökosystemen in Deutschland mit der laufenden Studie „Naturkapital Deutschland“ vorzunehmen und im Anschluss die Ergebnisse zügig in die Planungsverfahren des Bundes und der Länder zu integrieren.

**f) Biodiversitätsschutz auf globaler Ebene unterstützen
und finanziell absichern**

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » sich weiterhin für einen effektiven globalen Biodiversitäts- und Ökosystemschutz einzusetzen – im Rahmen der Konvention zur biologischen Vielfalt

(CBD) und anderer internationaler Abkommen – und die Schutzmaßnahmen in den Ländern der Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken.

- » die Zusagen einzuhalten, die auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur biologischen Vielfalt CBD 2008 in Bonn gemacht wurden, und ab 2013 jährlich 500 Millionen Euro für den internationalen Wald- und Biodiversitätsschutz zur Verfügung zu stellen.
- » die anteilige Finanzierung Deutschlands für globale Biodiversitäts-, Klima- und Umweltprogramme im Rahmen der Globalen Umweltfazilität (GEF) ab 2014 sicherzustellen und auszubauen.
- » am konsequenten Abbau von Subventionen zu arbeiten, die der Biodiversität schaden, wie z. B. EU-Agrarsubventionen.
- » ab 2014 eine solide Finanzierung für den neuen, in Bonn ansässigen Welt-Biodiversitätsrat IPBES (Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) sicherzustellen und zusätzliche Mittel einzusetzen, um Wissenschaftler aus Entwicklungsländern besser zu beteiligen.

2. Klimapolitik

a) Internationale und europäische Klimapolitik schlagkräftiger machen

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » sich für anspruchsvolle Minderungen der Treibhausgasemissionen innerhalb der EU einzusetzen und diese Reduktionsziele auch international festzuschreiben (eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um -30 % bis 2020 und -95 % bis 2050 zur Basis 1990).
- » sich für einen europäischen Klimaschutzfahrplan bis 2050 (EU Low Carbon Roadmap) stark zu machen.
- » engagiert das Ziel zu verfolgen, dass bis 2015 ein internationales Klimaabkommen aller Staaten verhandelt ist, damit dieses spätestens ab 2020 in Kraft treten kann.
- » sowohl in Deutschland als auch international Finanzierungszwischenziele für 2013, 2015 und 2017 festzulegen, um zu zeigen, wie die auf der Klimakonferenz COP15 in Kopenhagen für die Entwicklungsländer zugesagten 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2020 erreicht werden können.
- » ambitionierte Maßnahmen zu ergreifen, um den Emissionshandel als das vorrangige europäische Klimaschutzinstrument zu stärken. Hierzu muss ein EU-Ziel bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 von mindestens 30 % weniger Treibhausgasemissionen festgelegt werden und der jährliche lineare Reduktionsfaktor im Emissionshandel auf mindestens 2,6 % erhöht werden.

**b) Klimaschutzgesetz für Deutschland beschließen
und in Kraft setzen**

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » dass ein deutsches Klimaschutzgesetz der Logik eines sogenannten Budgetansatzes folgt, das heißt: Alle Wirtschaftssektoren müssen mit entsprechenden spezifischen Unterzielen und hierfür geeigneten Politikinstrumenten ihren Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen leisten. Das Klimaschutzgesetz muss diese Ziele zusammenfassen und so einen übergeordneten, transparenten Rechtsrahmen schaffen.
- » im Rahmen eines deutschen Klimaschutzgesetzes folgende Minderungen von Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 gesetzlich festzuschreiben: 40 % bis 2020, 60 % bis 2030, 80 % bis 2040 und 95 % bis 2050.
- » im Rahmen eines Klimaschutzgesetzes für deutsche Unternehmen eine vergleichbare und verpflichtende Emissions- und Klimaschutzberichtspflicht einzuführen.
- » ein verbindliches, absolutes Energieeinsparziel von 50% bis 2050 mit festen Zwischenschritten in diesem Klimaschutzgesetz festzuschreiben.

**c) Internationale und nationale Klimaschutzfinanzierung
ausbauen und konsolidieren**

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » den Energie- und Klimafonds (EKF) zu erhalten.
- » die Einnahmeseite des EKF solider zu gestalten: einerseits den Emissionshandel zu sanieren und andererseits zusätzliche Einnahmen in das Sondervermögen fließen zu lassen wie z. B. die Luftverkehrssteuer oder Einnahmen aus der Umwandlung umweltschädlicher Subventionen.
- » die Ausgabenseite zu bereinigen und zweckfremde Verwendungen der EKF-Mittel wie bspw. Kompensationszahlungen an die Industrie ersatzlos zu streichen.

3. Energiewende

a) Nationales Forum Energiewende

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » ein „Nationales Forum Energiewende“ einzurichten, das den öffentlichen Diskurs zur Energiewende lösungsorientiert organisiert. Das „Nationale Forum Energiewende“ erhält die Aufgabe, die wichtigsten Akteure zusammenzubringen mit dem Ziel, Herausforderungen rechtzeitig zu erkennen, sie anzugehen und in den Fokus der gemeinsamen Arbeit zu stellen, sodass sie sich nicht als signifikante Hemmnisse für den Fortschritt der Energiewende ausprägen können.

b) Monitoring

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » dass im Zweijahresrhythmus in transparenter Weise ein Monitoring zum Stand der Energiewende erstellt wird, auf dessen Ergebnissen aufbauend ein angepasster Maßnahmenkatalog verabschiedet wird.

c) CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor reduzieren

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » ein umfassendes Konzept zur Minderung der Treibhausgasemissionen für den Verkehrssektor vorzulegen, inklusive eines ambitionierten Zieles von -25 % CO₂ bis 2020 (auf Basis von 1990).
- » eine sektorenübergreifende Biomassestrategie zu entwickeln und künftige Biokraftstoffvorgaben daran auszurichten.
- » die Förderung von Elektromobilität an ihrem Klimaschutzvorteil auszurichten: Dies bedeutet auch, dass sich die Dienstwagenbesteuerung am CO₂-Ausstoß ausrichten muss.
- » den Einsatz für ambitionierte EU-Grenzwerte für Pkw (Flottendurchschnitt) von 80 g CO₂/km in 2020 und einem Langfristwert von 60 g CO₂/km in 2025 ohne Mehrfachanrechnung von Elektroautos.
- » Klimaschutzvorgaben in die anstehende Bundesverkehrswegeplanung einzubeziehen sowie in die ihr zugrunde liegende Verkehrsprognose.
- » die Luftverkehrssteuer anzuheben und nach Flugklassen zu differenzieren, damit eine ökologische Lenkungswirkung erzielt werden kann.
- » falls es im Herbst 2013 keine internationale Einigung unter der ICAO (Internationale Zivilluftfahrt-Organisation) auf eine ambitionierte Begrenzung der weltweiten Luftverkehrsemissionen gibt, den Luftverkehr erneut in den europäischen Emissionshandel einzubinden oder vergleichbare Instrumente einzuführen.

d) Integration der erneuerbaren Energien sicherstellen

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » den konventionellen Kraftwerkspark und den Ausbau der erneuerbaren Energien gemeinsam zu planen. Dafür muss die Ausgestaltung des heutigen Strommarktdesigns reformiert werden. Ein Kernstück ist die Einführung von sogenannten Fokussierten Kapazitätsmärkten, um notwendige Stromkapazitäten möglichst kostengünstig und umweltfreundlich bereitzustellen und den dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zu gefährden.
- » den Ausbau der Stromnetze so zu planen, dass die Öffentlichkeit die einzelne Trassenentscheidung transparent nachprüfen und nachvollziehen kann. Um mehr Akzeptanz zu gewinnen, entwickelt die Bundesregierung zusammen mit den Netzbetreibern, den Bürgerinnen und Bürgern und anderen Stakeholdern binnen zwei Jahren ein strukturiertes Vorgehen, um Informationsdefizite systematisch abzubauen.

e) Energieeffizienz und Energieeinsparung konsequent in Angriff nehmen

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien muss der Senkung des Energieverbrauchs vorrangige Priorität eingeräumt werden. Um das Gelingen der Energiewende zu sichern, muss daher eine Langfriststrategie zur Senkung des Energieverbrauchs um mindestens 50 % bis 2050 implementiert werden.

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » ein festes jährliches Energieeinsparziel, bspw. im Rahmen eines Klimaschutzgesetzes, gesetzlich zu verankern.
- » einen zusätzlichen, für Investoren berechenbaren und verlässlichen, haushaltsunabhängigen Fördermechanismus für Energieeffizienzmaßnahmen zu schaffen.
- » ein Energieeffizienz-Verpflichtungssystem im Rahmen der nationalen Umsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie einzuführen.

f) Gebäudesanierung fördern und beschleunigen

Die energetische Sanierung unseres Gebäudebestands zählt zu den wichtigsten Handlungsfeldern der Energiewende. Gleichzeitig liegt hierin auch eine sozialpolitische Verantwortung. Im Rahmen einer vom Ziel her gedachten Sanierungsstrategie müssen die drastische Senkung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen, sinkende Energiekosten für Mieter und Eigentümer und die Schaffung von Arbeitsplätzen bei Herstellern und im Handwerk gewinnbringend verbunden werden.

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen als auch die staatliche Förderung konsequent am Langfristziel eines klimaneutralen Gebäudebestands im Jahr 2050 auszurichten.
- » die ökonomisch wie ökologisch sinnvollen Förderprogramme der KfW zur energetischen Gebäudesanierung und des energieeffizienten Neubaus auf jährlich mindestens drei Milliarden Euro zu erhöhen.
- » zusätzlich eine gezielte steuerliche Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen, von der insbesondere die beiden größten Eigentümergruppen, Selbstnutzer und Kleinvermieter, profitieren.
- » im Rahmen der Novellierung der Energieeinsparverordnung („EnEV 2014“) eine deutliche Verschärfung der energetischen Standards umzusetzen und die staatliche Förderung entsprechend auszurichten.

g) Innovationen forcieren

Der WWF fordert die Bundesregierung auf, ein umfassendes, an den Zielen der Energiewende orientiertes und konsistentes Innovationsprogramm zu definieren. Dieses muss integriert mit Blick auf die unterschiedlichen, jedoch eng miteinander verbundenen Herausforderungen entwickelt werden. Es muss darüber hinaus einen effektiven Prozess der Prüfung, des Monitorings und der Evaluation mit Sicht auf die tatsächlich erzielten Resultate und Ergebnisse der ausgelösten innovativen Ansätze und deren Beiträge zur Erreichung der Energiewendeziele enthalten.

4. Agrarpolitik

a) Agrarförderung und Agrarforschung – Ökologische Landwirtschaft

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » die bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) für die Zeit 2014–2020 geschaffenen Möglichkeiten und Förderinstrumente für eine umfassende Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft zu nutzen. Dabei spielt insbesondere der weitere Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, der Ausbau des Tierschutzes in der Landwirtschaft, der Schutz von Boden und der biologischen Vielfalt eine Rolle.
- » Forschungsprogramme zu agrarökologischen Praktiken finanziell den Forschungsbranchen für eine Intensivlandwirtschaft gleichzustellen.
- » den ökologischen Landbau mit Hilfe von Förder- und Vermarktungsprogrammen weiter auszuweiten.

- » die Initiative der EU für eine Bodenschutzrichtlinie zu unterstützen und maßgeblich voranzutreiben.
- » im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) die Förderung von Leguminosen¹ durch Agrarförderprogramme als Gemeinschaftsaufgabe zu verstehen, um so eine bessere Bindung von Tierhaltung und Ackerbau zu erreichen.
- » die massive Exportausrichtung der deutschen Fleischerzeugung zu stoppen und damit einen entscheidenden Treiber zur Konzentration der Tierproduktion auf wenige Regionen zu reduzieren.

b) Nachhaltigkeit für alle Agrarrohstoffe

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » sich dafür einzusetzen, dass für alle Agrarrohstoffe, die nach Deutschland importiert werden, der Nachweis über eine umwelt- und sozialverträgliche Produktion vorliegt.
- » die Verantwortung der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) auf alle Agrarrohstoffe und Nutzungsformen zu erweitern
- » eine Plattform einzurichten, über die Verbraucher Auskunft über die Herkunft der Rohstoffe erhalten können.
- » dass steuerpolitische Maßnahmen für nachweislich nachhaltige Produkte als Anreiz für Unternehmen eingeführt werden.

c) Nachhaltige Ernährung – eine Bildungsherausforderung für mehr Umweltschutz und weniger Gesundheitskosten

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » eine Strategie zur nachhaltigen Ernährung zu entwickeln, mit den beiden Kernelementen „Vermeidung von Lebensmittelverschwendung“ und „verringertes Fleischkonsum nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)“.
- » das Ziel, vermeidbare Lebensmittelabfälle bis 2020 um die Hälfte zu reduzieren, verbindlich festzuschreiben und Zielvorgaben für die verschiedenen Branchen entlang der Wertschöpfungskette vorzugeben. Diese sollten alle zwei Jahre auf ihre Zielerreichung hin überprüft werden.
- » einen offenen Dialog zu Handels- und Qualitätsnormen für Lebensmittel zu initiieren, mit dem Ziel, diese so auszurichten, dass Lebensmittelabfälle signifikant reduziert werden können.

¹ Hülsenfrüchtler wie Erbsen, Bohnen, Linsen und Lupinen. Sie zeichnen sich durch ihren hohen Eiweißgehalt aus.

d) Ehrlichkeit und Transparenz ausbauen – nachhaltige Produktion kennzeichnen und zertifizieren

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » sich für eine europäische Kennzeichnungspflicht für tierische Erzeugnisse wie Milch, Eier und Fleisch einzusetzen, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln produziert wurden.
- » konkrete Schritte zu unternehmen, um eine europäische Eiweißstrategie zu entwickeln und auf nationaler Ebene durchzusetzen. Dazu gehört ein Programm, das den Anbau von einheimischen Leguminosen fördert, um somit Möglichkeiten zu schaffen, Soja in unterschiedlicher Weise und Intensität – je nach Tierart – durch andere Futtermittel zu ersetzen. Dies führt gleichzeitig zu einem verringerten Import von zumeist gentechnisch veränderter Soja.

5. Meeres- und Fischereipolitik

a) Nord- und Ostsee in Deutschland schützen

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » die EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) konsequent zur Umsetzung zu bringen.
- » mindestens folgende Maßnahmen umzusetzen, damit der Status „Guter Umweltzustand“ in den deutschen Meeresgewässern bis spätestens 2020 erreicht wird:
 - » Nähr- und Schadstoffeinträge von Land und Luft deutlich verringern
 - » erneuerbare Energien auf dem Meer nur naturverträglich ausbauen (Vermeidung von Schiffsunfällen, Kollisionsvermeidung für Vögel, Lärmvermeidung zum Schutz der Meeressäugetiere)
 - » nachhaltige Schutzmaßnahmen für Wattenmeer und Ostsee gegenüber Risiken aus Schiffsunfällen etablieren (z. B. stärkere Bündelung auf Routen, obligatorische Schlepperbegleitung bei besonders gefährlichen Schiffen, Vorwarnsystem)
- » in den Meeresschutzgebieten der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) von Nord- und Ostsee Managementpläne verbindlich zu verabschieden. Darin sollen mindestens 50 % der Fläche der Schutzgebiete frei von Fischerei und anderen extraktiven Nutzungen und die übrige Fläche frei von Fischereipraktiken mit negativen ökologischen Auswirkungen (Stellnetze, Bodenschleppnetze) gestellt werden.
- » die Meeresraumordnungspläne zu überarbeiten und dabei Meeresschutzgebiete als Vorranggebiete für Naturschutz zu verankern sowie die biologische Vielfalt zu erhalten oder wiederherzustellen.

b) Fischerei in Deutschland und Europa nachhaltig ausrichten

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » sich dafür einzusetzen, dass die Mittel des Europäischen Fischereifonds ausschließlich für eine nachhaltige Entwicklung verwendet werden. Dazu zählen z. B. der Einsatz von nachhaltigem Fanggerät zur Beifangminderung und zum Schutz der Meeresböden, die Förderung von Pilotprojekten und die Unterstützung bei der technischen Umstellung.
- » sich dafür einzusetzen, dass bei der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik Grundsätze und Instrumente konsequent angewendet werden, wie z. B. Beifangminderung.

c) Küstenschutz und Klimawandel

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » den Schutz der Meere und Küsten in der Rahmensetzung für die notwendige Erzeugung erneuerbarer Energien und für den Netzausbau stärker zu berücksichtigen.
- » die Mittelvergabe aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) so umzugestalten, dass besonders integrierte Maßnahmen berücksichtigt werden, die neben der Sicherheit der Menschen auch dem Schutz des Wattenmeeres bzw. der Schutzgebiete an der Ostsee dienen.

d) Internationale Verantwortung für Meeresnaturschutz übernehmen

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » sich im Rahmen globaler Abkommen wie der Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) intensiv am Prozess zur Ausweisung von Meeresschutzgebieten auf der Hohen See zu beteiligen - mit dem Ziel, bis 2020 mindestens 10 % der Ozeanfläche wirksam zu schützen.
- » sich bei der UN dafür einzusetzen, dass ein Durchführungsabkommen zum UN-Seerechtsübereinkommen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der marinen Ressourcen in der Hohen See ausgearbeitet und verabschiedet wird.

6. Wald- und Forstpolitik

a) Das Bundeswaldgesetz grundlegend modernisieren

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » dafür zu sorgen, dass das Bundeswaldgesetz gründlich überarbeitet wird, damit Deutschland seine Biodiversitätsziele erreichen kann und der deutsche Wald als vitales Ökosystem zukünftigen Generationen erhalten bleibt.
- » Mindeststandards für eine nachhaltige, naturnahe Waldbewirtschaftung auf der gesamten forstwirtschaftlich genutzten Fläche festzulegen. Dabei müssen die vielfältigen ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes und der zunehmende Nutzungsdruck durch bspw. steigende Energie- und Rohstoffpreise beachtet werden.
- » definierte Schutzmaßnahmen umzusetzen, damit die Biodiversität erhalten und gefördert wird.
- » bis 2020 5 % der Waldflächen Deutschlands der natürlichen Entwicklung zu „Urwäldern von morgen“ zu überlassen.
- » bis 2020 10% der bundeseigenen Waldflächen der natürlichen Entwicklung zu „Urwäldern von morgen“ überlassen.

b) Illegalen Holzhandel stoppen

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » dafür zu sorgen, dass die EU-Verordnung zur Unterbindung des Handels mit illegal geschlagenem Holz (EU Timber Regulation) rasch und sorgfältig u. a. im Rahmen des Holzhandelssicherungsgesetzes (HolzSiG) umgesetzt wird. Behörden und Institutionen müssen dazu mit den notwendigen Personalressourcen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
- » die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Partnerländern für weitere freiwillige Partnerschaftsabkommen (FLEGT-VPA) im Rahmen des FLEGT-Aktionsplanes zu nutzen.

c) Waldbezogenen Klimaschutz stärken

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » sich dafür einzusetzen, den REDD+-Mechanismus in einem neuen UN-Klimaabkommen mit strengen sozialen und ökologischen Leitplanken bis 2015 fest zu verankern.
- » ihren Beitrag zu leisten, diesen Waldschutzmechanismus durch multilaterale Institutionen und bilaterale Zusammenarbeit langfristig zu finanzieren.

- » für eine verbesserte Koordination und den Aufbau strategischer Partnerschaften mit anderen Geber- und Entwicklungsländern – insbesondere von den Ministerien für Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit – zu sorgen, um Maßnahmen zum Wald- und Klimaschutz in Entwicklungsländern stärker zu fördern.
- » durch gezielte Auswahl von Ländern und Schwerpunkten die in den nächsten fünf Jahren ausschlaggebende REDD+-Phase 2 in den Entwicklungsländern intensiver zu unterstützen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Stärkung der Governance und die Bekämpfung der Entwaldungstreiber gerichtet sein wie auch auf den Aufbau sog. „Safeguards-Informationssysteme“.

**d) Waldklimafonds:
ein deutscher Beitrag zum globalen Klimaschutz**

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » Waldklimafonds einen nationalen Beitrag für den globalen Wald- und Klimaschutz zu leisten und dabei gleichzeitig standortheimische Mischwaldstrukturen und die biologische Vielfalt zu fördern.

**e) Verantwortungsvolle Beschaffung
von Holz- und Papierprodukten**

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » öffentliche Beschaffung von Holz- und Papierprodukten endlich konsequent umzusetzen – mit Vorrang von Recyclingprodukten insbesondere bei kurzlebigen Papierprodukten sowie des Forest Stewardship Council® (FSC®)-Zertifikats bei Holzprodukten und Frischfaserpapieren.

7. Nachhaltigkeitspolitik

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » bestehende Institutionen zur Nachhaltigkeit wie den Parlamentarischen Rat, den Staatssekretärsausschuss und den Rat für nachhaltige Entwicklung aufzuwerten.
- » die verschiedenen Ebenen in Politik und Verwaltung besser zu vernetzen.
- » alle Maßnahmen der Bundesressorts verpflichtend einer Nachhaltigkeitsprüfung zu unterziehen, einschließlich der Vergabe von Krediten und Bürgschaften für Investitionen im Ausland, an die ebenfalls strenge Standards angelegt werden müssen.
- » Nachhaltigkeitsgesichtspunkten bei der öffentlichen Beschaffung Priorität einzuräumen.
- » dass leitende Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung das Prinzip nachhaltiger Entwicklung aktiv umsetzen und konsequent weiterentwickeln.
- » gleichzeitig die Nachhaltigkeitskompetenz des politischen und administrativen Personals durch Aus- und Fortbildungen zu steigern.

8. Europapolitik und „Green Economy“

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » sicherzustellen, dass die Vorteile einer „Green Economy“ zum festen Bestandteil bei der Umsetzung der europäischen Wachstumsstrategie „Europa 2020“ werden. Ziel ist es dabei, eine Wirtschaftsweise zu entwickeln, die nachhaltig ist und Ressourcen schont. Sie soll den Ansatz der Ökosystemdienstleistung berücksichtigen und auch den monetären Wert des Naturkapitals bzw. dessen Schädigung messen. Diese Instrumente sollen dazu genutzt werden, die Wirtschaft hin zu einer „Green Economy“ umzugestalten und einen fairen Welthandel einzurichten.
- » sich dafür einzusetzen, dass europäische Fördermittel an hohen Qualitätsstandards ausgerichtet werden, zum Nutzen von Mensch und Umwelt eingesetzt werden und den Wert von Natur berücksichtigen. Dabei muss sich der Einsatz dieser Fördermittel in Deutschland an den Umwelt- und Klima-herausforderungen der Zukunft orientieren und nicht allein an quantitativen Wachstumszielen. Europäische Subventionen müssen entscheidende Anreize für die „Green Economy“ liefern und dafür, die europäischen Umweltziele zu erreichen. Dazu zählen auch ausreichende Mittel für das europäische Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000.

9. Wohlstandsindikatoren, Vollkostenrechnung und Subventionen

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

- » im Rahmen des Nachfolgeprozesses zu Rio+20 ein neues Indikatorensystem zu entwickeln, das neben dem ökonomischen auch den sozialen und den ökologischen Erfolg einer Volkswirtschaft misst und nicht nur die Höhe des Bruttoinlandsproduktes (BIP).
- » dieses System so zu installieren, dass Anreize zum Abbau umweltschädlicher Subventionen gesetzt werden und dass es auf dieser Basis den Rahmen für künftige Vollkostenrechnungen von Unternehmen bilden kann.

10. Bildung

Der WWF fordert von der neuen Bundesregierung ...

die Bildungspläne in der Elementarbildung zu erweitern und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung anzupassen. Vor dem Hintergrund der Akademisierung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ist „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in die Aus- und Weiterbildung zu implementieren. die Lehrerausbildung an den Universitäten zu reformieren und den neuen Herausforderungen anzupassen: „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist fest in der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung zu verankern. Die Bedeutung der biologischen Vielfalt, des Klimawandels sowie der Energie- und Ressourceneffizienz muss – unabhängig vom jeweiligen Fach – zu einem festen Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern werden.

100%
RECYCLED



Unser Ziel

Wir wollen die weltweite Zerstörung der Natur und Umwelt stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

wwf.de | info@wwf.de

Ansprechpartner:

WWF Deutschland

Alois Vedder

Leiter Politik

Reinhardtstr. 14 | 10117 Berlin

Direkt: +49 (0)30 311 777-418

alois.vedder@wwf.de